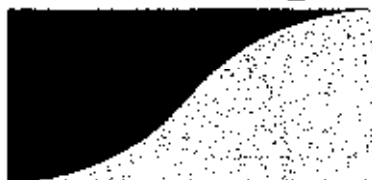


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 D4 D8
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pppb d



Inhalt

36. Jahrgang / 186

30. September 1981

Dr. Hans-Jochen Vogel,
Vorsitzender der SPD-
Fraktion des Berliner
Abgeordnetenhauses und
Mitglied des SPD-Prä-
sidiums, fordert in
Auschwitz unermüdlich
neues Bemühen, um ein
neues Inferno zu verhin-
dern. Seite 1-3

Dr. Renate Lepsius MdB,
Vorsitzende der Arbeits-
gruppe Frauenpolitik der
SPD-Bundestagsfraktion,
wirft der Union fami-
lienfeindliche Politik
vor. Seite 4

Karl-Heinz Hiersemann
MdL, stellv. Vorsitzender
der bayerischen SPD-Land-
tagsfraktion, kritisiert
den leichtfertigen Umgang
des bayerischen Innenmi-
nisters Tandler mit dem
CS-Reizgas. Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godasberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Ein neues Inferno verhindern

Sichtbares Zeichen der Aussöhnung im Angesicht der
Katastrophe von Auschwitz

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von
Berlin, Mitglied des SPD-Präsidiums

Ich bin gebeten worden, an dieser Stelle aus Anlaß der be-
vorstehenden Grundsteinlegung zu sprechen. Ich tue das, weil
ich mich dem, was hier sichtbaren Ausdruck finden soll, näm-
lich

- der Überwindung einer schrecklichen Vergangenheit,
- dem Bemühen um die deutsch-polnische Aussöhnung in einem
ganz Europa umschließenden Sinne und
- der Sicherung des Friedens durch gemeinsame Anstrengungen
gerade der jungen Generation quer durch die Völker und
über die Systeme und Bündnisse

in besonderer Weise verbunden fühle. Zugleich vermag ich so
den Bitten des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland,
Helmut Schmidt, des Regierenden Bürgermeisters von Berlin,
Richard von Weizsäcker, und des Vorsitzenden der Sozialde-
mokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, nachzukommen,
Ihnen allen sehr herzliche Worte des Grußes und des Geden-
kens zu übermitteln. Die Bundesrepublik Deutschland und das
Land Berlin haben materiell, die Sozialdemokratische Partei
hat zusammen mit anderen ideell zur Förderung des Projektes
beigetragen, das hier entstehen wird. Mit dem Gruß verbind-
den die von mir soeben Genannten deshalb das Gefühl der Ge-
nugtuung darüber, daß das Projekt nunmehr in die Phase der
Verwirklichung eintritt, und das Gefühl der Dankbarkeit ge-
genüber denen, die es von der ersten Idee bis heute über
viele Schwierigkeiten hinweg unermüdlich vorangebracht haben,
insbesondere gegenüber der Aktion Sühnezeichen und dem Ver-
band ehemaliger polnischer Widerstandskämpfer.



Wir sollen einen Grundstein legen, den Grundstein für eine Stätte, in der sich künftige junge Menschen aus aller Welt begegnen, um sich besser zu verstehen und um gemeinsam dem Werk der Versöhnung und des Friedens zwischen den Völkern zu dienen. Diese Stätte soll nicht irgendwo entstehen. Sie entsteht in unmittelbarer Nähe der Lager von Auschwitz und Birkenau. Jenen Lagern, in denen vier Millionen Menschen, Polen, Juden, Russen, Menschen aus mehr als 20 Ländern, darunter auch zahllose Deutsche ermordet wurden und die zum Inbegriff des Grauens, ja des Infernos geworden sind. Jener Ort, von dem Papst Paul Johannes II. bei seinem Besuch im Jahre 1979 sagte, es sei das "Golgatha unserer Zeit". Und von dem Theodor Adorno, der große deutsche Philosoph, bald nach dem Kriege ausrief, nach Auschwitz, nach dem, was dort geschehen sei, könne nie wieder ein Gedicht geschrieben werden.

Ich glaube, der Ort ist richtig gewählt. Wo sonst soll der jungen Generation so deutlich ins Bewußtsein treten, wohin menschenverachtender Fanatismus, wohin inhumane Vergötterung der Macht und die absolute Negierung jeglicher Menschenwürde führt? Und wie läßt sich ihrer Wiederholung vorbeugen, wenn wir denen, die all das nicht selbst erlebt haben, nicht auch erklären, warum das im Herzen Europas, warum es im deutschen Namen und warum es mitten in diesem Jahrhundert möglich war? Und wieder: Wo könnten diese Fragen drängender gestellt, die Antworten schonungsloser, tiefer dringender gegeben werden als hier, wo die Todesängste der Gequälten fast noch körperlich zu spüren, wo sie noch für jeden, der hierher kommt, nachzuempfinden sind? Denn: Die Vergangenheit überwinden, heißt ja nicht, sie vergessen, es heißt, den Opfern, soweit Menschen das vermögen, Genugtuung widerfahren zu lassen und aus dem Leiden zu lernen. Eben das soll in dieser Stätte geschehen.

Gewiß: Adornos Aufschrei ist verhallt. Es sind nach Auschwitz aufs Neue Gedichte geschrieben worden. Das Leben war stärker. Es sind Sühnezeichen aufgerichtet, es sind Brücken über Klüfte geschlagen worden, die unüberbrückbar erschienen. Der Prozeß der Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen ist ein solcher Brückenschlag. Es ist kein leichter Prozeß. Erst die von Willy Brandt und Walter Scheel eingeleitete Ostpolitik hat ihn möglich gemacht. Und er ist noch immer von Rückschlägen bedroht. Der heutige Tag aber, und mehr noch die Arbeit, die hier einmal geleistet werden wird, sind Fortschritte auf dem Weg zur Aussöhnung, auf dem Weg zu einer guten europäischen Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschen. Und wiederum ist es wichtig, daß dies hier in Auschwitz geschieht: Im Angesicht der Katastrophe, zu der der Haß zwischen unseren beiden Völkern, zu der die Verbrechen des nationalsozialistischen Gewaltregimes geführt haben. Wichtig ist aber auch der europäische Aspekt, die Offenheit der neuen Stätte für die Jugend aller Völker, gerade aller europäischer Völker. Denn unsere



Aussöhnung soll sich im Geiste von Helsinki gegen niemanden richten, sie soll auf ganz Europa ausstrahlen und ganz Europa einbeziehen.

Ich sagte, das Leben war stärker als die Verzweiflung, der Adorno Ausdruck gab. Das gilt zum Guten für Entwicklungen, die Hoffnungen geben. Und ich nannte die polnisch-deutsche Aussöhnung als Beispiel. Aber es gilt auch zum Schlechten für Entwicklungen, die aufs Neue Ängste hervorrufen und die Menschen schaudern lassen. Und ich nenne den sich wieder beschleunigenden Rüstungswettlauf als Beispiel. Es gibt gegenwärtig mindestens eine halbe Milliarde Menschen, die im Wortsinn hungern. Zugleich werden in dieser Welt jährlich mindestens 500 Milliarden Dollar oder 400 Milliarden Rubel oder 1,1 Billionen DM oder 1,5 Billionen Zloty für Rüstung ausgegeben. Das ist Wahnsinn! Und der Wahnsinn steigert sich noch, wenn man bedenkt, daß schon heute zwanzigtausend Nuklear-Sprengkörper existieren, von denen jeder die vielfache Zerstörungskraft der Bombe von Hiroshima besitzt und daß jeden Monat weitere Explosivkörper und auch neue Trägerwaffen hinzukommen. Wo, wenn nicht hier, und von wem, wenn nicht von der Jugend, die hier zusammentreffen wird, sollte dem - und ich sage es noch einmal: Quer durch die Völker und über die Gesellschaftssysteme und Bündnisse - entgegengetreten und zum Frieden gemahnt werden? Dies übrigens, ohne zuerst auf den anderen zu zeigen, sondern mit der kritischen Frage, was tut jeder in seinem Land, in seinem Bündnis, um dem aufs Neue drohenden Verderben Einhalt zu gebieten? Außerdem: Es fehlt nicht an Beispielen dafür, daß selbst ein übervolles Arsenal von Waffen geistig-gesellschaftliche Prozesse nicht zu beeinflussen, geschweige denn zu verhindern vermag, wenn - ja wenn nur die Motive und Ziele dieser Prozesse glaubwürdig, menschlich und mit dem Bewußtsein der Menschen in Einklang sind.

Darum ist das Bemühen, das von Verantwortung und Geduld getragene Bemühen nicht ohne Aussicht auf Erfolg. In den aktuellen Bezügen aber, auch im Bezug auf den Frieden.

So mag es sich zusammenfügen: Das Wissen um unermeßliche Schuld, der Versuch, die Vergangenheit zu überwinden, das Bemühen um die Aussöhnung der Polen und der Deutschen, das Ringen um den Frieden und die Begegnung junger Männer und Frauen aus vielen Völkern an dem Ort, an dem Millionen Menschen gestorben sind. Zusammenfügen zur Erfüllung des Vermächnisses dieser Millionen: Nämlich unermüdlich neues Bewußtsein zu bilden und eine Ordnung zu schaffen, die ein neues Inferno, ja die Apokalypse verhindert.

(-/30.9.1981/bgy/hgs)

+ + +

Diese Rede hielt Dr. Hans-Jochen Vogel heute anläßlich der Grundsteinlegung für die internationale Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz.



Die Familienfeindlichkeit der Union ist ein Skandal

Auf dem Rücken der Schwächsten sparen um die Reichen zu schonen

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der Versuch der unionsregierten Länder im Bundesrat, das erst 1979 vom Bundestag einstimmig angenommene und mit Zustimmung des Bundesrats in Kraft getretene Unterhaltsvorschußgesetz sang- und klanglos zu streichen, um öffentliche Mittel einzusparen, ist ein Skandal. Hier dokumentiert sich, wie familienfeindlich eine Politik ist, die sich wortstark "christdemokratische Familienpolitik" nennt.

Dies wird dann besonders deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wozu es bei diesem Gesetz geht. Die schwierige wirtschaftliche Situation von Alleinerziehenden mit Kindern ist allgemein bekannt. Um wieviel schwieriger aber ihre Lage wird, wenn sich der außerhalb des Haushalts lebende Elternteil auch noch den Unterhaltsverpflichtungen gegenüber seinen Kindern entzieht, darüber berichten Jugendämter, Rechtsanwälte und Gerichte. Und stets waren die Kinder und ihre Alleinsorgeberechtigten - meist Mütter - die Leidtragenden. Anfang der siebziger Jahre starteten die sozialdemokratischen Parlamentarierinnen eine Initiative, um diese besonders hilfsbedürftigen Familien zu unterstützen. Seit 1980 werden Unterhaltsleistungen für Kinder bis zu sechs Jahren rasch und unbürokratisch bevorschusst, wenn der außerhalb des Haushalts lebende unterhaltsverpflichtete Elternteil seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Der Vorschlag, diese Hilfen für die ohnehin benachteiligten Kinder aus Ein-Eltern-Familien jetzt ersatzlos zu streichen, offenbart die wahren familienpolitischen Absichten der Union: Nicht die Bezieher hoher Einkommen sollen zur Kasse gebeten, nicht etwa die mißbräuchliche Inanspruchnahme von AFG-Leistungen verhindert werden (ich denke hier beispielsweise an Betriebe, die wirtschaftlich nicht begründete Kurzarbeit anmelden, an die Bezieher von Arbeitslosengeld aufgrund eines Scheinarbeitsverhältnisses), nein, diese öffentlichen Ausgaben sollen keinesfalls reduziert werden. Gespart werden soll vielmehr auf dem Rücken der Schwächsten dieser Gesellschaft, bei den unter sechsjährigen Kindern, deren "Zahlväter" den Unterhalt schulden. Dabei werden keinesfalls Geschenke verteilt: Der Staat bevorschusst lediglich den Kindesunterhalt, der von Behörden anschließend vom unterhaltsverpflichteten Elternteil wieder hereingeholt wird.

Bevor diese neue soziale Leistung für Familien 1980 Gesetz wurde, gab es bereits entsprechende Modellversuche, so in Hamburg und auch in Rheinland-Pfalz. Seinerzeit haben die Bundesländer diese Unterhaltsvorschußleistungen noch positiv bewertet; heute sollen sie - auf Antrag des Landes Schleswig-Holstein im Finanzausschuß des Bundesrates - wieder eingesammelt werden, angeblich, weil diese Maßnahme an dem sozialpolitischen Ziel des Gesetzgebers erheblich vorbeigeht, wie es in der Begründung heißt. Fadenscheinig ist der angebotene Ausweg, alleinerziehende Mütter oder Väter in Notsituationen auf die Sozialhilfe zu verweisen.

Ich bin wirklich gespannt, welche Erklärungen sich die Familienpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu diesem Vorstoß der Stoltenberg-Sparstrategen einfallen lassen. Die SPD-Parlamentarierinnen, die jahrelang für das Zustandekommen dieses Unterhaltsvorschußgesetzes gekämpft haben, werden sich jedenfalls vehement einer Aufhebung widersetzen - und darin von der gesamten SPD-Bundestagsfraktion unterstützt werden.

(-/30.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Unlogisches aus Bayerns Innenministerium

Erneut exakte Untersuchungen der Wirkungen des CS-Gases notwendig

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

"Die anstehende Sommerpause böte Ihnen Gelegenheit, die eigene Haltung kritisch zu überprüfen", hatte ich am 28. Juli Bayerns Innenminister Tandler in einem Brief zur Sicherheitspolitik und speziell zum Einsatz von CS-Gas geschrieben. Leider hat Tandler die Sommerpause nicht genutzt. Das ergibt sich aus der jetzt erfolgten Beantwortung von zwei Schriftlichen Anfragen, die mein Kollege Klaus Warnecke und ich im Juli an Tandler gerichtet hatten.

Äußerlich und bedauerlich ist insbesondere die Unlogik, die in den Tandler-Auskünften enthalten ist. Da erläutert der Minister lang und breit, daß die Auswirkungen von CS eingehend wissenschaftlich geprüft sind - um dann an anderer Stelle versteckt einzuräumen, daß doch noch erhebliche Wissenslücken vorhanden sind.

Ich hatte gefragt, welche Wirkungen bei stärkerer oder geringerer Dosierung als der geplanten (150 mg bis 300 mg pro Liter) eintreten würden. Tandlers Antwort: "Die bei geringerer oder stärkerer Dosierung auftretenden Wirkungen werden noch untersucht."

Wäre es, so frage ich, nicht sinnvoll, erst einmal zu prüfen, ob nicht auch eine Dosierung unter 150 mg ausreichend und gleichwohl wirkungsvoll genug wäre, bevor man CS in unnötig starker Dosierung einsetzt? Und wäre es andererseits nicht unabhängigbar zu wissen, wie eine höhere Dosierung als 300 mg wirkt, um beispielsweise in Falle einer Panne, die zu einer Höherdosierung führte, gerüstet zu sein?

Auch die Antworten, die Klaus Warnecke auf seine Fragen zur Verwendung von CS erhielt, nähren den Verdacht, daß die Wirkungen des Reizstoffes keineswegs hinreichend bekannt sind. Warnecke hatte auf einen Artikel in der Zeitschrift "Chemie in unserer Zeit", 12. Jahrgang 1978, Nr. 5 von Dr. Alfred Schrempf verwiesen. Darin heißt es, es gebe keine Versuche über die Langzeitwirkung von CS. Das Innenministerium



räumt diesen Mangel indirekt ein. "In der Praxis" seien Langzeit-Schäden nie beobachtet worden, teilte das Ministerium lapidar mit - wissenschaftliche Untersuchungen liegen also, muß man wohl schließen, tatsächlich nicht vor.

Weiter hatte Warnecke auf die Aussage in dem Zeitschriften-Artikel verwiesen, "auch Untersuchungen mit CS aus den Jahren 1972 und 1973 ließen eine cancerogene Wirkung der Tränengase möglich erscheinen". Das Ministerium tut diese Frage nach Auffassung Warneckes allzu naßforsch ab: Die zitierte Aussage sei eine "toxikologische Selbstverständlichkeit", da bei keinem chemischen Stoff eine cancerogene Wirkung ausgeschlossen werden könne. "In der Praxis", auf die sich das Ministerium auch hier beruft, würden jedoch alle Erfahrungen gegen ein derartiges Krebsrisiko sprechen.

Es bleibt die nüchterne Feststellung: Die Wirkungen von CS sind nicht ausreichend bekannt. Tandler ist daran zu erinnern, daß ich ihn in meinem Brief vom Juli aufgefordert hatte, CS keinesfalls anzuschaffen und einzusetzen, solange die möglichen Wirkungen von CS nicht vollständig bekannt sind. Diese Bedingung ist nicht erfüllt.

Ebenso wenig erfüllt sind weitere früher genannte Bedingungen: Bayern soll CS nicht im Alleingang, sondern nur im Konsens mit den anderen Ländern einsetzen. Und dem Sicherheitsausschuß des Landtages sollen alle erreichbaren Unterlagen über CS zur Verfügung gestellt werden. Bayerns Innenminister Tandler verletzt seine Sorgfaltspflicht und auch seine Fürsorgepflicht gegenüber Polizeibeamten, die zwangsläufig mit CS in Berührung kommen, wenn er grünes Licht für ein Mittel gibt, das gegen Menschen angewandt wird, ohne daß dieses Mittel ausreichend geprüft ist.

(-/ 30.9.1981/bgy/hgs)

+ + +

